

„Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik“ Rudolf Dreßler zu Gast bei der "Allianz gegen Altersarmut"

Der Parlamentarischer Staatssekretär a. D und Botschafter a.D. Rudolf Dressler war im Edith - Stein - Haus, Kaiserslautern, Gast der Allianz gegen Altersarmut, der auch die Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft angehört. Er referierte zum sozialpolitischen Thema "Politischer Diebstahl gefährdet die Rente von morgen."

Der geschäftsführende Leiter der Evangelischen Arbeitsstelle, Pfarrer Gerd Kiefer, griff in seinem Grußwort alttestamentarische Sozialgesetzgebung auf und stellte heraus, dass in einem Land wie der Bundesrepublik niemand arm sein dürfe. Die gesellschaftliche Realität spreche aber eine andere Sprache.

Sozialpolitik habe zunächst überhaupt nichts mit Geldverteilen zu tun, erklärte Rudolf Dreßler in seinen grundsätzlichen Ausführungen zum Thema. Sozialpolitik sei Gesellschaftspolitik, sie bedeute, Teilhabe zu sichern und Machtverteilung in einer Gesellschaft zu beeinflussen. Eine Gesellschaft sollte darauf ausgerichtet sein, „eine Sozialpolitik, die ein Stück Freiheit für alle schafft,..., zu verwirklichen“ so der ehemalige Botschafter.

Dressler sieht die Gemeinschaft dort gefordert, wo der Einzelne den ökonomischen Grundbedarf seines Lebens nicht selbst erwerben könne, aus welchen Gründen auch immer. An dieser Stelle sei die Gemeinschaft gefordert, ihm zu helfen. Diese soziale Hilfe wird in einer solidarischen Gesellschaft von allen Mitgliedern der Gesellschaft erbracht.

Die Unterstützungsleistungen zielen darauf, „die Lebenssituation der Menschen so zu verändern, dass sie für sich selbst eintreten und sorgen können.“

Der Sozialexperte kritisiert die derzeitigen politischen Verantwortlichen dafür, dass sie die in der Nachkriegszeit gesellschaftsfördernde und von allen akzeptierte Pflicht der Politik für sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit zu sorgen, leugnen oder gar ablehnen.

Da Politik es heute selbst nicht mehr leisten könne einen Wandel in dieser Hinsicht einzuleiten, sieht Dressler drei gesellschaftliche Gruppen, die die Kraft entwickeln könnten, Einfluss auf die Politik und die zukünftige, gesellschaftliche Entwicklung nehmen können.

Dies sind neben den Wohlfahrtsverbänden und den Gewerkschaften vor allem die Kirchen, die er auffordert, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und die breite Bedrohung nicht nur durch Altersarmut bekannt zu machen.

„Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft im Interesse der Emanzipation des einzelnen Menschen.“ und „Der Sozialstaat ist keine Last.“, diese Feststellungen gab Rudolf Dressler den Zuhörerinnen und Zuhörern im Edith – Stein – Haus mit auf den Weg. Er erhoffe sich, dass sich Kirche, auch im gemeinsamen Miteinander der Konfessionen, ihrer gesellschaftlichen Rolle bewusst wird und Verantwortung in ihr übernehme.

„der Pilger“ Nr. 46/2014 - Seite 11

System ist eine tickende Zeitbombe

Sozialexperte Rudolf Dreßler fordert, Rente von Fremdleistungen zu befreien

Längst ist jahrzehntelange Arbeit kein Garant mehr für einen finanziell gesicherten Lebensabend.

Im Gegenteil, Renten auf dem Niveau eines Hungerlohns lassen das Risiko der Altersarmut stetig steigen.

Weil atypische Beschäftigungsformen zum Alltag gehören, vor allem aber, weil der Staat die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) nach Belieben schröpft, indem er ihr seit Jahrzehnten milliardenschwere Fremdleistungen aufbürdet.

Um über diesen wenig bekannten Aspekt aufzuklären, lud die Allianz gegen Altersarmut am 6. November zum Vortrag „Politischer Diebstahl gefährdet die Rente von morgen“ ins Edith-Stein-Haus Kaiserslautern ein.

Als Referent konnte der Sozialexperte und ehemalige parlamentarische Staatssekretär Rudolf Dreßler (SPD) gewonnen werden.

Sich politisch einmischen, Missstände aufdecken und für einen Sozialstaat kämpfen, der seinen Namen verdient – das sind die Ziele der Allianz gegen Altersarmut, eine Vereinigung kirchlicher Verbände und Arbeitsstellen. „Die Rentenangst geht um“, betonte Allianz- Sprecher Hans Mathieu in seiner Eröffnungsrede.

„Wenn die Politik nicht bald gegensteuert, wird die Altersarmut zu einem Problem mit höchster Brisanz, und die Rente entwickelt sich zum sozialen Sprengstoff.“

Es sei an der Zeit, sich verstärkt mit den politischen Ursachen zu beschäftigen, die zum Niedergang der GRV führen werden. So bediene sich der Staat doppelt und dreifach aus der Rentenkasse, um gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren. Die seien versicherungsfremd und keineswegs

beitragsgedeckt. In diesem Zusammenhang entlarvte er die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung als Augenwischerei. Es handele sich lediglich um Erstattungen – und das noch nicht einmal in voller Höhe – für Leistungen, die die Rentenanstalt für den Bund erbringt.

Auf solche Schief lagen hinzuweisen, sei eine dringende Aufgabe der Kirchen, schloss sich Gerd Kiefer, Leiter der Evangelischen Arbeitsstelle für Bildung und Gesellschaft in Kaiserslautern, an. „Die Allianz möchte die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren und Gegenstrategien entwickeln, um die christlichen Grundlagen in der Gesellschaft zu wahren.“ Das sei nur möglich, wenn Solidarität unter den Generationen, aber auch zwischen Arm und Reich herrsche.

Diesen Schulterchluss sieht der frühere SPD-Politiker Rudolf Dreßler mehr als gefährdet. „Wie kann es sein, dass Steuersünder, die Millionen hinterzogen haben, bei Selbstanzeige straffrei ausgehen, während das Geschrei groß ist, wenn ein Hartz IV-Empfänger sich ein paar Euro dazuverdient?

Das ist spätrömische Dekadenz.“

Deutschland habe sich gesellschaftlich und moralisch zum Nachteil entwickelt, der Sozialstaat stehe im Zwielicht.

Die Sozialpolitik sei Gesellschaftspolitik und beschränke sich nicht auf Geldverteilung. „Wer möchte, dass die Bürger Mitwirkungsbereitschaft zeigen, muss die Voraussetzungen schaffen“, stellte Dreßler klar.

Das bedeute, für Lebensverhältnisse zu sorgen, die es den Menschen ermöglichen, für sich selbst zu sorgen.

„Dazu gehören Arbeit, bezahlbare Krankenversicherungen und ein Auskommen im Alter.“

Statt dessen führten die Regierenden die Bevölkerung „kaltschnäuzig um die Fichte“, indem sie die Rentenkasse als Selbstbedienungsladen nutzten und sie für Fremdleistungen anzapften. Als Beispiel führte der Sozialexperte die Mütterrente an.

Sie habe zweifellos ihre Berechtigung, dürfe aber nicht aus den Rücklagen der GRV finanziert werden. „Denn diese Überschüsse können nur durch die Einzahlungen von Arbeitern und Angestellten gebildet werden. Sie anders als für Rentenleistungen zu verwenden, ist Diebstahl.“

Auch die Riester-Rente nahm Dreßler aufs Korn. „Bei der Berechnung gehen die Versicherer von einer Lebenserwartung von 98 Jahren und mehr aus.“ Das sei völlig unrealistisch und beschere allein den Versicherungen volle Kassen.

„Dennoch operieren sie ganz legal auf Grundlage der Informationen, die sie von der Regierung erhalten. Und das, obwohl optimistische Hochrechnungen für das Jahr 2030 nur auf ein Durchschnittsalter von 88 Jahren kommen.“

Der sozialen Entsicherung trete die Politik nicht entgegen, sondern lasse die Rentenhöhe sehenden Auges auf Sozialhilfeniveau rutschen. Wohin dieser Weg führt, zeigten schon jetzt aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes. „Danach können 6,7 Millionen Deutsche ihre Schulden nicht mehr bezahlen“, sagte Dreßler und malte ein düsteres Zukunftsszenario. „Irgendwann werden Hunderttausende vor den Rathäusern stehen und Sozialhilfe einfordern.“

Die Verantwortlichen spielten nicht nur mit dem Schicksal einzelner, sondern mit dem ganzen System. Um die tickende Zeitbombe zu entschärfen, gelte es, Zeit-, Leih- und Niedriglohnarbeit auf ein gesundes Maß zu begrenzen, die Gesetzliche Rentenversicherung von Fremdleistungen zu befreien und den Generationenvertrag zu reaktivieren. „Denn er ist der Kitt unserer Gesellschaft.“

Der Sozialstaat sei eine Errungenschaft, keine Last. Besinne sich die Politik nicht endlich darauf, bliebe nichts anderes übrig, als massiven Druck auszuüben: durch eine außerparlamentarische Phalanx und „Liebesentzug. Wenn er droht, wird die Politik weich.“ (red)